

# **Stellungnahmen der Landesregierung zu den Resolutionen des ORR vom 17. September 2021**

## **1. Fortschritte bei der grenzüberschreitenden Anerkennung von Berufsqualifikationen erzielen** *(Beitrag: MWVLW; BM)*

Die Landesregierung befürwortet die bestehenden Projekte und Initiativen, im Rahmen derer Jugendlichen in Ausbildung ein Auslandsaufenthalt z. B. durch Praktika oder ähnliches ermöglicht wird. Hierzu zählt beispielsweise das Euregio-Zertifikat oder das INTERREG-Projekt „Do qua HEP-ME“ speziell im Bereich der Heilerziehungspflege. Auch die Aktivitäten des EURES-T-Netzwerks können bei der Suche nach einem Praktikumsplatz helfen.

Aus Sicht der Landesregierung wird allen zuständigen Stellen des Bundes und des Landes, die für die Anerkennung der Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Qualifikationen in reglementierten Berufen verantwortlich sind, empfohlen, einen intensiven Austausch mit den korrespondierenden Stellen im Oberrheinraum zu pflegen, um so Hindernisse und Hürden im Zuge der Anerkennung von Berufsqualifikationen zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen auszuräumen.

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium hat die Resolution zur Kenntnis genommen.

## **2. Finanzierung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung sicherstellen** *(Beitrag: MWVLW; BM)*

Gemeinsam mit den Nachbarländern Baden-Württemberg und Saarland verfolgt die Landesregierung weiterhin das Ziel, eine langfristige und tragfähige Lösung ab dem Ausbildungsjahr 2022 für die grenzüberschreitende Ausbildung zu erreichen. Auch wenn die Zahl der Ausbildungsverträge bisher überschaubar ist, ist es für die Landesregierung von hoher politischer Bedeutung, insbesondere jungen Menschen mit der grenzüberschreitenden Ausbildung ein Angebot zu schaffen, das den Zugang zu einem grenzüberschreitenden Ausbildungs- und Arbeitsmarkt als Teil eines gelebten Europas ermöglicht.

Die Signale von französischer Seite sowie das Engagement des BMAS zeigen, dass auch auf der durch die Gesetzesänderungen in Frankreich zuständigen nationalstaatlichen Ebene ein hohes Interesse an einer tragfähigen Lösung besteht. Die Abstimmungen hierzu laufen unter fachlicher Einbindung der auf Landesebene zuständigen Ministerien. Ziel ist weiterhin, dass der nun anstehende Klärungsprozess rechtzeitig zum Start des Ausbildungsjahrs 2022/2023 abgeschlossen ist.

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium hat die Resolution zur Kenntnis genommen.

### **3. Reduzierung des Risikos der Grundwasserverschmutzung im Rheineinzugsgebiet durch Anwendung des Vorsorgeprinzips (Beitrag: MKUEM)**

Das rheinland-pfälzische Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität trägt die Resolution des ORR inhaltlich mit, da sie auf den Schutz der Grundwasserressourcen abzielt.